LETZTE MELDUNGEN

NASA

Claude Nicollier zu Gast in Windisch

WINDISCH Der erste und bisher einzige Astronaut, den die Schweiz je hervorbrachte, spricht am kommenden Samstag am Anlass «Leben und Arbeiten im All» an der Fachhochschule Nordwestschweiz über seine Abenteuer im Weltall und über die Frage, ob die bemannte Raumfahrt eine Zukunft hat. Der Event dauert von 14.30 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen unter www.swissspacemuseum.ch. (RED)

Chaoten greifen Berner Polizisten an

BERN In der Nacht auf Samstag haben vermummte Personen die Polizeiwache Waisenhaus in der Stadt Bern angegriffen. Sie beschmierten das Gebäude und beschädigten Autos. Als die Polizisten eingriffen, schleuderten die Unbekannten Flaschen, Gläser und Feuerwerkskörper gegen die Beamten. Ein Polizist wurde dabei verletzt. Er musste sich ins Spital begeben, das er kurze Zeit später wieder verlassen konnte. Die Polizei setzte Gummischrot ein, um die Angreifer abzuwehren. Die Chaoten waren vom Vorplatz der Reitschule her gekommen und zogen sich später wieder in diese Richtung zurück. (RED)

Säugling in Einsiedelns Babyklappe gelegt

EINSIEDELN Im Spital von Einsiedeln SZ ist am Donnerstag ein Neugeborenes in die Babyklappe gelegt worden. Es handelt sich um einen gesunden Buben im Alter von wenigen Tagen, wie das Spital mitteilte. Das Kind wird nun medizinisch untersucht und bekommt einen Vormund. Die Mutter des Kindes kann sich bei der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde Ausserschwyz (Kesb) in Pfäffikon SZ melden und das Kind zurückfordern, solange noch keine Adoption vollzogen ist. Eine Adoption kann frühestens nach einem Jahr erfolgen. Die Babyfenster wurden eingerichtet, um Kindstötungen oder Aussetzungen zu verhindern. Wird ein Kind in die Klappe gelegt, geht ein verzögerter Alarm los. Pflegefachleute nehmen sich dann des Kindes an. In der Schweiz gibt es sechs derartige Babyfenster. (RED)

WETTER

Meist bewölkt
Der Tag startet mit vielen Wolken. Gegen Nachmittag lockern sich diese etwas auf, und mit Glück gibt es sogar ein paar Sonnenstrahlen… **40**

GEWINNZAHLEN

Swiss Lotto:

19	21	25	29	33	36

Glücks-Zahl	4
Replay-Zahl	5

Die Gewinne:

6 GZ	0 à CHF	-
6	1 à CHF	1 000 000.-
5 GZ	12 à CHF	8 327.25
5	46 à CHF	1 000.-
4 GZ	386 à CHF	173.-
4	2 118 à CHF	78.70
3 GZ	6 068 à CHF	27.75
3	33 919 à CHF	9.90

Jackpot 8 Mio. Franken

Joker:

8	3	0	3	5	5

6	1 à CHF	426 998.-
5	3 à CHF	10 000.-
4	16 à CHF	1 000.-
3	157 à CHF	100.-
2	1 505 à CHF	10.-

Euro Millions:

4	10	14	37	46	Sterne 4 / 7

Die Bürgerlichen nutzen den Franken-Schock zur Wende

Der Freisinn hat sich zur Netzwerk-Zentrale des wirtschaftsliberalen Revivals entwickelt.

SP-Präsident Christian Levrat sagt einen «brutalen Konflikt zwischen links und rechts» voraus

VON **OTHMAR VON MATT**

Zunächst war es UBS-Chef Sergio Ermotti, der mit einer 5-Punkte-Strategie für Aufsehen sorgte. Das Erfolgsmodell Schweiz sei gefährdet, schrieb er am Mittwoch im «Tages-Anzeiger». Eigentlich hätte sein Text in der «NZZ» erscheinen sollen, doch dazu später mehr. Ermotti schrieb, nun müsse der Bundesrat erstens seine Führungsfunktion wahrnehmen. Zweitens brauche es weniger Regulationen. Drittens solle die Schweiz auf neue Steuern wie die Kapitalgewinnsteuer verzichten. Viertens brauche das Land den Zugang zu den Weltmärkten. Und fünftens seien gezielte Infrastrukturinvestitionen nötig.

Am Donnerstag folgte SVP-Nationalrat Peter Keller in der «Weltwoche». Er schlug vor, der SVP einen Bundesratssitz auf Kosten der SP zu geben, für eine neue Zauberformel: 2 FDP, 2 CVP (BDP), 2 SVP und 1 SP. Heute Sonntag ist FDP-Präsident Philipp Müller an der Reihe. In einem Inserat, das auch in dieser Zeitung erscheint, wendet er sich an die «lieben Genossen». SP-Präsident Christian Levrat hatte der FDP vorgeworfen, sie wolle die Wirtschaft mit den Rezepten Margaret Thatchers umgestalten. Müller schreibt nun im Inserat, er habe Ende der 1970er- Jahre in England gearbeitet. «Es gab keinen Tag ohne Stromunterbrüche, ohne Streiks, weil die Gewerkschaften das Land skrupellos erpressten.» Bis Thatcher «dem sozialistischen Spuk» ein Ende bereitet habe.

Dem «sozialistischen Spuk» ein Ende bereiten will eine Phalanx aus Wirtschaft, FDP, SVP und Teilen der CVP nun auch in der Schweiz. Seit dem 15. Januar, als die Nationalbank entschied, die Euro-Untergrenze aufzuheben, erleben wirtschaftsliberale Positionen ein Revival. Gibt es einen grösseren Plan dahinter und eine klare Regie? Auf die Frage, ob das Ganze von irgendwoher gesteuert werde, sagt SVP-Generalsekretär Martin Baltisser: «Ganz klar nein.»

DAS ZENTRUM DER WENDE liegt, das lässt sich aber nachzeichnen, beim Freisinn. Am 23. Januar, nur acht Tage nach dem Coup der Nationalbank, traf sich die hochkarätig besetzte FDP-Fachkommission Wirtschaft im Bundeshaus zur Sitzung. Rund 30 Experten diskutierten mögliche Massnahmen zur Frankenstärke. Mit am Tisch: der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, Swissmem, Arbeitgeberverband, Schweizerischer Versicherungsverband und Bankiervereinigung. Das Resultat der Debatte war der 18-Punkte-Katalog der FDP. Die Parteipräsidentenkonferenz segnete ihn noch am selben Tag ab, am Samstag stimmten ihm die Delegierten in Lugano zu.

Nicht unwesentlich war auch ein Treffen kurz zuvor in Davos. FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann lud am Weltwirtschaftsforum am 22. Januar Wirtschaftsvertreter zum Frühstück. Mit von der Partie: Sergio Ermotti. Der UBS-Chef gilt als Sympathisant des klassischen Lugano-Freisinns, wie ihn Marina Masoni prägte. Einen knappen Monat nach dem Davoser Treffen publizierte Ermotti sein Plädoyer für den Standort Schweiz. Es liest sich wie das 18-Punkte-Programm der FDP. Mit einem Unterschied: Unter dem Stichwort «Zugang zu den Weltmärkten» schreibt Ermotti, Marktöffnungsbestrebungen dürften nicht vergessen werden, «einschliesslich eines Freihandelsabkommens mit den USA». Diese Forderung war im letzten Moment aus dem 18-Punkte-Programm der FDP gekippt worden.

Ursprünglich war geplant, dass Ermottis Plädoyer nicht im «Tages-Anzeiger» veröffentlicht wird. Sondern in der FDP-nahen NZZ. Nur wollte diese Ermottis Text nicht, wie zwei Quellen bestätigen – weil Ermotti sein Plädoyer gleichzeitig auf Französisch in «Le Temps» und auf Italienisch im «Corriere del Ticino» erscheinen lassen wollte. Ermotti waren die Artikel in den Landessprachen ein Anliegen, die NZZ pochte auf Exklusivität.

DIE OFFENSIVE VON WIRTSCHAFT und bürgerlichen Politikern beinhaltet ein Misstrauensvotum an den Bundesrat. In Ermottis Text fällt auf, dass er der Regierung seinen ganzen ersten der fünf Punkte widmet. «Der Bundesrat muss mutig und geschlossen seine wirtschaftspolitische Führungsaufgabe wahrnehmen», schreibt der UBS-Chef. «Er muss klar kommunizieren, dass er das Problem erkannt hat.» Im Umkehrschluss lässt sich das als Kritik am Mitte-Links-Bundesrat werten, zu dem die Wirtschaft heute nur noch bedingten Zugang hat. Bei der Umsetzung der Massenzuwanderungsinitiative etwa hörten sich zwar fünf Bundesräte höflich den Schutzklausel-Vorschlag von Economiesuisse an. Nur: Sie entschieden anders.

Das Unbehagen drückt sich im Vorschlag von SVP-Nationalrat Keller aus. Eine Wende «liegt in der Luft», sagt er. «Die Wohlfühljahre sind vorbei, nicht nur in der Schweiz.» Für Keller ist klar, dass für seine Pläne auch die SVP «als Preis eine Kröte schlucken» müsse, wie er sagt: «Sie muss sich mit Eveline Widmer-Schlumpf versöhnen.» Ein solcher bürgerlicher Schulterschluss hätte eine befreiende Wirkung, glaubt er. Die CVP solle zudem den zweiten Bundesrats-Sitz erhalten. «Weil sie eine wichtige Schlüsselpartei ist», sagt Keller. «Macht gehört zur DNA der CVP. Sie schafft Mehrheiten, und sie soll wieder mit uns statt mit den Linken Politik machen.» Eine Nagelprobe steht mit der Kapitalgewinnsteuer bei der Unternehmenssteuerreform III an. SVP, FDP und CVP lehnen die Kapitalgewinnsteuer ab. «Sie ist chancenlos», sagt der Solothurner CVP-Ständerat Pirmin Bischof.

Nicht verborgen geblieben ist die Entwicklung SP-Präsident Christian Levrat. «Wir laufen auf einen brutalen Konflikt zwischen links und rechts zu», sagt er. «Wenn die Bürgerlichen glauben, dass sie die Unternehmenssteuerreform III gegen uns durchbringen können, müssen sie sich warm anziehen. Wir werden das Referendum nicht nur auf Bundesebene prüfen, sondern auch in den Kantonen.» Heute sei «eine grosse Überheblichkeit und Arroganz» zu spüren». Doch wer in der Schweiz Lösungen durchboxen wolle, «wird scheitern».

PHILIPP MÜLLER

Der FDP-Präsident kritisierte die Banken noch vor kurzem scharf – doch er unterstützt den Plan des UBS-Chefs.

«Wir operieren quasi ohne Nationalbank»

Swatch-Group-Chef Nick Hayek (60) lanciert einen Vorschlag für eine Reform der Nationalbank. Und er sagt, wo die grosse Chance des Tourismus liegt

VON **PATRIK MÜLLER**

Herr Hayek, UBS-Chef Sergio Ermotti und Politiker aus SVP, FDP und CVP plädieren für einen «Deregulierungspakt», um den Standort Schweiz zu stärken. Unterstützen Sie die Forderungen?
Nick Hayek: Ich habe weder einen Fünf-Punkte-Plan noch einen Fünfzehn-Punkte-Plan. Generelle wirtschaftspolitische Forderungen und auch die Kritik an «wirtschaftsfeindlichen» Initiativen münden schnell in Dogmen. Und die blockieren letztlich nur. Entscheidend für die Schweiz ist eine pragmatische Politik, die zulässt, dass die Firmen ihre Probleme selber lösen können. Wir brauchen keine Masterpläne von oben.

Warum nicht?
Der Reichtum der Schweiz ist auch die Vielfalt unserer Unternehmen: Es gibt den Werkplatz, den Finanzplatz, es gibt globale Konzerne und – entscheidend für unseren Wohlstand – die kleinen und mittelgrossen Betriebe. Unsere Stärke ist, dass wir schnell und unkompliziert entscheiden, oft auf lokaler Ebene, auch zusammen mit den Gewerkschaften. Jeder Unternehmer muss, wenn er Probleme hat, auch sehr kurzfristig flexibel Massnahmen treffen können. In einem sozialen Klima des Vertrauens ist das möglich. Es gibt keine generellen Rezepte für die heutige Situation. Für die einen können es Löhne in Euro sein, für die anderen Kurzarbeit.

Und die vielen Volksinitiativen sorgen Sie nicht?
Die schlechten müssen wir bekämpfen – nicht verbieten. Die meisten Initiativen drücken ein Unbehagen aus. Es gibt Vertreter der Wirtschaft und natürlich der Politik, die dieses Unbehagen in der Bevölkerung erst wahrnehmen, wenn Unterschriften gesammelt werden. Insgesamt ist der Standort Schweiz sehr attraktiv, und dessen Rahmenbedingungen entstanden ja in unserer direkten Demokratie.

Auslöser der Deregulierungs-Forderungen ist der starke Franken, der den Standort Schweiz verteuert. Die Währungsturbulenzen machen auch Ihnen und Ihrem Unternehmen zu schaffen.
Ich habe die Aufhebung des Euro-Mindestkurses nicht kritisiert, weil sie die Swatch Group stark treffen würde. Das tut sie nicht: Unser Unternehmen ist nur zu etwa 18 Prozent Euro-exponiert. Für uns sind der Dollar und der chinesische Renminbi viel wichtiger. Zudem arbeitet die Hälfte unserer 36 000 Mitarbeiter im Inland – die ganze Produktion ist hier –, die andere Hälfte im Ausland, vor allem in den Verkaufsfilialen. Wir sind sehr gut aufgestellt und denken nicht über Lohnsenkungen oder Kurzarbeit nach.

Wie sehen Sie den Nationalbank-Entscheid einen Monat danach?
Die Schweiz hat nun eine offene Flanke: Wir operieren quasi ohne Nationalbank. Sie hat sich vor den Augen der ganzen Welt aus dem Spiel genommen. Die Nationalbank hat Schwäche gezeigt, und diese Schwäche wird weiterhin kommuniziert. Es werden Vorträge gehalten, in denen gesagt wird, dass die Nationalbank den Euro-Mindestkurs nicht mehr hätte durchhalten können …

> «Ein Kunde ist auch ein Kunde, wenn er kein Fünfsternehotel bucht.»

… so wie diese Woche Thomas Jordan in Brüssel.
Man erzählt überall, warum man nicht gekämpft habe. Das macht es nicht besser. Im Moment haben wir zwar eine gewisse Entspannung beim Frankenkurs: Die US-Wirtschaft wächst stark, die Schweiz als «sicherer Hafen» liegt zurzeit nicht im Fokus der weltweiten Aufmerksamkeit. Aber es braucht nicht viel – zum Beispiel eine weitere Eskalation in der Ukraine –, und das ändert sich wieder. Eine erneute massive Aufwertung des Frankens wäre die Folge. Ohne dass die Nationalbank eingreifen würde. So hat sie es klar allen signalisiert.

Sie fordern eine Kursänderung?
In einem demokratischen Land ist es erlaubt zu fragen: Wie könnte man wieder eine Nationalbank konstruieren, die wichtige Beschlüsse wie die des Frankenkurses nicht einfach im stillen Kämmerlein des dreiköpfigen Direktoriums trifft? Was ist zu tun, damit solche Entscheide in gut schweizerischer Manier beraten werden?

Sie stellen die politische Unabhängigkeit der Nationalbank infrage?
Nein. Die Nationalbank muss unabhängig bleiben. Aber sie sollte nicht in einem «Denktempel», theoretisch abgehoben, ihre Schlussfolgerungen ziehe, sondern gezwungen sein, sich mit der Realität auseinanderzusetzen. So, wie es in unserem Land üblich ist. Gewerkschaften beschliessen auch nicht einfach einen Streik, sondern es ist ein Prozess mit klaren Signalen an alle Beteiligten.

Was schlagen Sie vor?
Ich habe keine Patentlösung, meine aber, man müsste jetzt Ideen diskutieren. Nur ein Vorschlag: Vielleicht ist das Direktorium mit drei Personen zu klein, vielleicht bräuchte es fünf oder sieben sehr unterschiedliche Personen. Nicht nur Professoren und Theoretiker. Die Debatte über die Nationalbank ist absolut zentral. Diese offene Flanke ist im Moment das grösste Risiko für den Standort Schweiz.

Die Nationalbank steht für einen starken Franken – das ist doch positiv. Wäre Ihnen ein Land mit einer Schwachwährung lieber?
Nein. Niemand will eine schwache Währung. Ich wünsche mir einen starken Franken – aber keinen massiv überbewerteten. Und keine Spekulationswährung. Sonst wird es für ganze Branchen, nicht zuletzt für den Tourismus, sehr schwierig.

Oft wird die Situation des Tourismus mit jener der desolaten Uhrenindustrie der 70er-Jahre verglichen, die durch die Lancierung der Swatch 1983 dann einen wundersamen Aufstieg erlebte. Was ist im Tourismus zu tun?
Die Ausgangslage ist im Tourismus ungleich besser als damals in der Uhrenindustrie. Sie interessierte sich nur noch für das oberste Segment, entwickelte keine Innovationen, verschlief neue Technologien und erhöhte dauernd die Preise. Im Tourismus braucht es keine Revolution, sondern eher einen Kulturwandel: Ein Kunde ist auch ein Kunde, wenn er kein Fünfsternehotel bucht. Der Kunde hat es gern, wenn man familienfreundlich und aufmerksam ist. Hier hapert es in manchen Gebieten.

«Wir haben allen Grund, gegenüber der EU selbstbewusst aufzutreten»: Nick Hayek. CHRIS ISELI

Also doch eine Parallele zur Uhrenindustrie: Es braucht auch attraktive Billigangebote?
Auf jeden Fall. Oft heisst es: Das oberste Segment ist krisensicher. Jetzt erleben wir gerade, was passiert, wenn die reichen Russen nicht mehr kommen. Es braucht mehr Wertschätzung für «normale» Touristen – nicht nur des Geldes wegen, sondern aus Freude darüber, dass sie hierherkommen. Es ist wie bei einem Penthouse: Die oberste Wohnung lässt sich nur teuer verkaufen, wenn es einen soliden Unterbau mit Wohnungen gibt, die ebenfalls gepflegt sind.

Wenn wir vom Standort sprechen, kommt die Masseneinwanderungsinitiative ins Spiel. Viele Politiker und Unternehmer sehen die bilateralen Verträge mit der EU gefährdet. Sie auch?
Nein. Es wird eine Lösung geben. Wir haben nun einmal das System der direkten Demokratie. In Deutschland und überall hat man applaudiert, als das Volk die Abzocker-Initiative angenommen hat. Alle lobten die Schweizer. Und jetzt wurde halt eine Initiative angenommen, die der EU nicht passt. Aber das stärkt doch unsere Verhandlungsposition in Brüssel ungemein! Wir haben allen Grund, gegenüber der EU selbstbewusst aufzutreten und für eine Lösung zu kämpfen. Zumal für die EU die bilateralen Verträge genauso wichtig sind wie für uns.

Tritt der Bundesrat zu defensiv auf?
Zu wenig entschlossen und mit vorauseilendem Gehorsam. Dabei gibt es keine bessere Ausgangslage für Verhandlungen als ein Mandat des Volkes. Wir unterschätzen uns! Die Griechen traten in Brüssel leider etwas arrogant auf, dennoch können wir von ihrer erfrischenden, frechen Art etwas lernen. Warum nicht einmal Stärke zeigen?

In diesem Herbst sind Wahlen …
Hilfe!

… dann wird sich die Frage stellen: Ist der Bundesrat richtig zusammengesetzt?
Mir geht es weniger um die Parteien als um die Persönlichkeiten und um die Kultur, die im Bundesrat herrscht: Unsere Regierung sollte wieder selbstbewusster führen und nicht von der ersten Sekunde weg an den Kompromiss denken und damit etwas ängstlich wirken.

EDITORIAL

Patrik Müller
Chefredaktor

Die Machtfrage

Wahlen führen in der Schweiz selten zu Erschütterungen. Eine Ausnahme in der jüngeren Geschichte war der Herbst 2003: Nach dem Sieg der SVP zog Christoph Blocher in den Bundesrat ein, gleichzeitig wurde Hans-Rudolf Merz (FDP), der als Blocher-nah galt, in die Regierung gewählt. Die Kommentatoren sprachen von einer «rechten Wende». Pikant war die Rolle, die man dem damals mächtigsten Wirtschaftsführer zuschrieb: UBS-Präsident Marcel Ospel soll für das Duo Blocher/Merz lobbyiert haben. Nach deren Wahl sagte er in einem Interview, er sei «sehr zufrieden» und hoffe, dass der Bundesrat eine «weitere erfolgreiche Phase für den Finanzplatz» einläute (es kam bekanntlich anders).

Auch 2015 ist ein Wahljahr. Lanciert wurde es durch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses am 15. Januar. Der Nationalbank-Entscheid wirkt wie ein Adrenalinstoss für die Politik und zwingt alle zu klaren Positionsbezügen. Vor allem in zwei Fragen: Wie halten wir es mit der EU und der Unabhängigkeit, und was ist zu tun, damit der Wirtschaftsstandort attraktiv bleibt? Der SNB-Entscheid hat die Linken offensichtlich paralysiert und die Bürgerlichen zusammenrücken lassen. Auf einmal lebt ein totgeglaubtes Wort wieder auf: der «Bürgerblock» aus FDP, CVP und SVP. Das zeigte sich an den Reaktionen auf den «Fünf-Punkte-Plan» von UBS-Chef Sergio Ermotti, der mit einem «Deregulierungspakt» die Schweiz fit machen will. In den wesentlichen Punkten stimmen die drei bürgerlichen Parteien dem UBS-Chef zu. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Forderungen von einem Banker stammen, der selbst für den FDP-Präsidenten noch vor zwei Jahren ein rotes Tuch war.

Stehen wir, wie 2003, vor einer «rechten Wende»? Bereits kursieren Szenarien für eine neue Zauberformel im Bundesrat: 6 Bürgerliche und nur noch 1 Sozialdemokrat. Entworfen hat es ein SVP-Nationalrat und «Weltwoche»-Journalist, hinter vorgehaltener Hand wünschen sich aber auch einflussreiche Wirtschaftsvertreter ein Ende von «Mitte-links», wie sie die Machtverhältnisse im Bundesrat heute sehen. Solche Szenarien wären vor kurzem als Witz abgetan worden, auch jetzt scheinen sie unrealistisch, aber dass man über sie spricht, zeigt: Das Franken-Momentum spielt den Bürgerlichen in die Hände.

Auch die Nationalbank selber wird mehr und mehr zum Thema. Swatch-Group-Chef Nick Hayek regt eine Vergrösserung des Direktoriums an, sodass nicht mehr bloss drei «Professoren und Theoretiker» die Geschicke bestimmen können (Interview links). Derweil hielt Nationalbankpräsident Thomas Jordan diese Woche in Brüssel ein Plädoyer für die Unabhängigkeit der Schweiz (siehe Seite 17). All das zeigt, worum es in diesem Wahljahr geht: Um die Macht in den beiden richtungweisenden Institutionen – im Bundesrat und in der Nationalbank.

patrik.mueller@schweizamsonntag.ch